

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 118 (2024)
Heft: 4

Artikel: Wissenschaft und Politik : jenseits des Entweder-oder
Autor: Rust, Helena / Meyer, Katrin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1062564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wissenschaft und Politik: Jenseits des Entweder-oder

Helena Rust und Katrin Meyer

Der Wissenschafts- und Kulturbetrieb im deutschsprachigen Raum erlebt aktuell tiefe Verwerfungen und Konflikte. Sie sind direkt oder indirekt mit dem Krieg in Palästina und Israel und dem Kampf gegen Antisemitismus verflochten. Wie lässt sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik vor diesem Hintergrund denken? Worin besteht eine kritische Haltung der Wissenschaft? Und worin liegt ihre Verantwortung? Helena Rust, Islamwissenschaftlerin, und Katrin Meyer, Geschlechterforscherin und Philosophin, suchen Antworten im Dialog.

Katrin Meyer Wir erleben beide im Moment Herausforderungen, die sich um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik drehen und unsere wissenschaftliche Tätigkeit in Unruhe versetzen. Wie sollen wir diese Herausforderungen beschreiben?

Helena Rust Ich schlage vor, zwei Ausprägungen zu unterscheiden. Zum einen gibt es politische Angriffe gegen Wissenschaftsrichtungen, die sich aufgrund ihres spezifischen Fachwissens (gesellschafts-)politisch kritisch positionieren. Das betrifft aktuell etwa die Islamwissenschaft, die an der Universität Bern als eigenständiges Institut aufgelöst werden soll und kürzlich unter die Aufsicht der Fakultät gestellt wurde, oder seit Längerem schon die Gender Studies, die von rechtsnationalen Kreisen als unwissenschaftliche Ideologie diffamiert werden. Zum anderen geraten einzelne renommierte Wissenschaftler*innen, wie etwa die Philosoph*innen und Geschlechtertheoretiker*innen Judith Butler und Nancy Fraser, aufgrund von politischen Stellungnahmen zu Palästina in die Kritik. Auch wenn sich diese Kritik gegen sie als Personen und nicht gegen ihre Disziplin richtet, haben diese Kontroversen doch Auswirkungen auf das wissenschaftliche Feld, in dem sie tätig und für das sie wichtig sind.

KM Dann lass uns doch mit dem ersten der zwei Probleme beginnen. Könntest du diesen Druck auf die kritische Wissenschaft durch die Politik näher beschreiben? Wie erlebst du im Moment die Situation in deinem Fach, der Islamwissenschaft, in der Schweiz?

HR Es gibt in der Bevölkerung zweifellos Bedarf an einer Einordnung dessen, was im Moment in Palästina und Israel geschieht, und viele Forschende würden ihre Expertise dazu gerne verfügbar machen. Das Problem ist aber der insbesondere von rechten Kreisen formulierte Vorwurf, dass sich diese Expertise von wissenschaftlichen Standards entfernt. Es ist in dieser Situation verunsichernd, wenn Universitätsleitungen, wie etwa in Bern bezogen auf die Islamwissenschaft, nicht hinter ihren Forschenden stehen, sondern den Druck von gewissen Parteien und Medien ungebremsst an einzelne Institute und Personen weiterreichen – oder sogar im vorausseilenden Gehorsam selbst erzeugen.

Wie das Beispiel der Institutsauflösung in Bern zeigt, richtet sich der politische Druck der Öffentlichkeit und der Unileitung insbesondere gegen postkoloniale Theorien und damit gegen Forschungen, die sich mit der Geschichte und dem Weiterwirken kolonialer Herrschaft(slogiken) befassen. Diese sind für die Islamwissenschaft aber ein zentrales

Werkzeug. Die Vorwürfe behaupten, dass sich in postkolonialen Ansätzen Wissenschaft und Politik auf eine unzulässige Art und Weise vermengen. Tatsächlich ist die Verbindung beider aber unvermeidbar für eine postkoloniale Forschung.

KM Könntest du näher erläutern, wie Wissenschaft und Politik in einer postkolonialen Perspektive auf die Islamwissenschaft zusammenspielen, vielleicht am Beispiel deiner Forschung zur arabischen Sexualwissenschaft um 1900?

HR Ich habe für dieses Projekt mit Texten gearbeitet, die sich in der israelischen Nationalbibliothek in Jerusalem befinden. Es handelt sich dabei um Bücher, die im Zuge der *Nakba*, also der Vertreibung der Palästinenser*innen ab 1947, enteignet wurden. Die Bücher wurden bislang nicht restituiert, weder an die Erb*innen der vertriebenen Personen noch an palästinensische Bildungsinstitutionen, wie es manche fordern (so etwa der israelische Historiker Ilan Pappé). Auch wenn mein Projekt inhaltlich nur wenig um Palästina kreist, sondern vielmehr um den Inhalt dieser Bücher, ist meine Arbeit durch diese Quellenbasis doch eng mit der *Nakba* und ihren Nachwirkungen verbunden. Meine Forschung führte mich zu einem Zusammendenken der intellektuellen Geschichte Palästinas mit Debatten über Restitution und Provenienzforschung und zu einer Kritik am israelischen Umgang mit den kulturellen Gütern, die enteignet wurden.

Prägend war für mich der Artikel *L'Orientalisme en crise* von 1963 des marxistischen Politikwissenschaftlers Anouar Abdel-Malek. Er thematisiert darin die materiellen Bedingungen, unter denen zum sogenannten Orient geforscht wurde – und wie sich diese in der Forschung niederschlagen. So fragt er unter anderem: Wer hat zu arabischen Manuskripten Zugang, die in der British Library in London liegen, und wem bleibt aus ökonomischen Gründen oder durch internationale Grenzregimes der Zugang zum eigenen Erbe verwehrt? Wenn man heute solche Fragen stellt, setzt man sich dem Vorwurf der unzureichenden Trennung von Politik und Wissenschaft aus. Das betrifft ja nicht nur die Islamwissenschaft. Auch die Gender Studies sind immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, zu politisch zu sein.

KM Ja, im Verhältnis von Wissenschaft und Politik gibt es zwischen den Gender Studies und der kritischen Islamwissenschaft sicher viele Parallelen. Die Gender Studies untersuchen die Vielfalt von Geschlecht und Sexualität in der Gegenwart und im historischen Wandel. Es ist unmöglich, diese Gegenstände zu erforschen,

ohne dass damit die politischen Bedingungen thematisch werden, die diese Forschung ermöglichen oder behindern. Was wir heute Gender Studies nennen, nahm seinen Anfang in den Women's Studies der 1970er Jahre. Eines der ersten Anliegen war, aufzuzeigen, wie in den Wissenschaften das Wirken und Wissen von Frauen systematisch ausgelöscht wurde und wie sich die Wissenschaften in allen Bereichen über Jahrhunderte ausschliesslich an der Erfahrungswelt und den Werten privilegierter (in der Regel *weisser*, wohlhabender) Männer orientierte. Ein solches wissenschaftskritisches Wissen ist nicht politisch neutral, sondern impliziert, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern müssen. Nur in einer Gesellschaft, in der alle Geschlechter den gleichen Zugang zu Bildung und politischer Partizipation haben, kann es überhaupt eine kritische, das heisst wissenschaftlich validierte Forschung zu Geschlecht geben. Insofern sind die Gender Studies *als Wissenschaft* genuin emanzipatorisch, auf die Gleichberechtigung aller Geschlechter, ausgerichtet.

HR Bis jetzt haben wir besprochen, wie Zugangsbeschränkungen für manche Personengruppen die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Erkenntnis einschränken, und die Notwendigkeit, die sich daraus ergibt, diese Begrenzungen zu überwinden. Der Begriff des Politischen in der Wissenschaft ist damit aber noch nicht ausgeschöpft. Sollten wir noch genauer klären, was wir unter «Politik» und «politisch» eigentlich alles verstehen?

KM Wir können einen weiten und einen engen Begriff von «Politik» und dem «Politischen» unterscheiden. Im engen Sinn meint Politik das Handeln in den Bahnen institutionalisierter Verfahren, dazu gehört etwa die staatliche Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Im weiten Sinn können alle Aktivitäten politisch genannt werden, die das Ziel haben, die gesellschaftlichen Verhältnisse mitzugestalten. Dazu gehört in einer Demokratie auch, dass gesellschaftsrelevante Themen in die Öffentlichkeit getragen und bestreitbar gemacht werden. Da in der Wissenschaft jedes Forschungsergebnis publiziert werden muss, ist Wissenschaft schon per se öffentlich und Teil politischer Verhältnisse. Gesellschaftlich besonders relevant erscheint mir dabei der Beitrag der kritischen Wissenschaften, die die impliziten Normen und Ideale einer Gesellschaft freilegen und in ihrer Geltung reflektieren. So haben zum Beispiel die Gender Studies – insbesondere die feministische Erkenntnistheorie – herausgearbeitet, wie stark Geschlechternormen alle Bereiche des Sozialen durchdringen und formen – auch

Das traditionelle Bild wissenschaftlicher Rationalität entspricht dem Ideal von Männlichkeit

die Vorstellungen von guter Wissenschaft. Das traditionelle Bild wissenschaftlicher Rationalität entspricht dem Ideal von (*weisser, bürgerlicher*) Männlichkeit. Es leugnet soziale Abhängigkeiten und das Gewicht von subjektiven Erfahrungen für die Wissensproduktion. Dieses maskulinistische Ideal von Souveränität und Autonomie bestimmt auch gesellschaftliche Institutionen wie den Nationalstaat oder die Eigentumsfreiheit.

HR Die gesellschaftliche Bedingtheit und damit verbunden die emanzipatorische Ausrichtung unserer Tätigkeit untergraben also – sofern sie explizit und damit diskutierbar gemacht werden – nicht die Wissenschaftlichkeit, sondern bieten vielmehr zusätzliche Ressourcen für wissenschaftliche Erkenntnis und demokratische Debatten. Angriffe gegen kritische Wissenschaften drehen dieses Verhältnis aber um: Mit Verweis auf ihre politische Dimension wird ein Verständnis der Gender Studies konstruiert, das mit Wissenschaft unvereinbar ist.

KM Genau. Statt die normative Ausrichtung der Gender Studies offen und direkt zu kritisieren, also etwa explizit gegen Geschlechtergerechtigkeit anzukämpfen, wird ihre

Wissenschaftlichkeit infrage gestellt. Es ist ein Spiel über die Bande.

HR Wir haben zum Einstieg als zweite Herausforderung genannt: sich im Wissenschaftsbetrieb zur Kritik an einzelnen Wissenschaftler*innen und deren politischen Interventionen verhalten zu müssen. Welche Fragen stellen sich uns in diesem Zusammenhang?

KM Nehmen wir das Beispiel von Butlers Äusserungen an einer Podiumsdiskussion in Frankreich vom März 2024 zu den Massakern der Hamas vom 7. Oktober. Dort schlägt Butler vor, diese Massaker in einem ersten Schritt als «widerständige» und nicht als «terroristische» Gewalt zu konzipieren.¹ Oder nehmen wir die Unterschrift von Nancy Fraser unter die öffentliche Petition «Philosophy for Palestine» vom November 2023, in der die Bombardierung von Gaza durch Israel, nicht aber die Massaker der Hamas erwähnt und verurteilt werden.² Beide Positionierungen haben in der deutschsprachigen (und französischen) Öffentlichkeit grosse Proteste ausgelöst. Es ist für mich persönlich eine offene Frage, ob und wie ich mich zu diesen Kontroversen verhalten soll und wie sie die Gender Studies und die Philosophie betreffen. Ich glaube nicht, dass das Problem darin

liegt, dass sich diese Wissenschaftler*innen zu politischen Ereignissen positioniert haben, obwohl sie dazu keine direkte Fachexpertise haben; Letzteres gilt zumindest für Fraser. Öffentliche Personen aus Wissenschaft und Kunst haben das Recht, sich an politischen Debatten zu beteiligen und im Raum der Öffentlichkeit ihr gesellschaftliches Prestige einzusetzen. Hannah Arendt würde sagen, in der Politik wird alles zu einem Einsatz im Kräftespiel – selbst «Tugend». Und in diesem Fall ist natürlich die Bekanntheit als Wissenschaftler*in ein Einsatz, der Aufmerksamkeit generiert.

Das Problem scheint mir eher zu sein, dass die Positionsbezüge von Fraser und Butler in ihrer politischen Bedeutung umstritten sind und dass es nicht klar ist, ob es sich dabei überhaupt um legitime politische Stellungnahmen handelt oder nicht vielmehr um Äusserungen, die Hass und Gewalt rechtfertigen. Diese Unklarheit ist schmerzlich, weil ihre wissenschaftlichen Arbeiten für uns in den Gender Studies und der politischen Philosophie aus emanzipatorischen Gründen sehr wichtig sind. Andererseits tendiere ich genau aus diesem Grund dazu, ihren politischen Positionierungen in einem ersten Schritt zu vertrauen.

HR Ich teile diese Haltung und denke, wir sollten Personen, denen wir als Wissenschaftler*innen vertrauen, dieses Vertrauen nicht vorschnell entziehen. Gleichzeitig finde ich es wichtig, den Status von politischen Stellungnahmen zu klären. Wir würden ja auch nicht sagen, dass jede Äusserung im öffentlichen Raum einen Beitrag in einer politischen Debatte darstellt. Im Gegenteil würde ich verhindern wollen, dass mit Hinweis auf die Meinungsfreiheit einfach alles sagbar wird, auch rassistische und antisemitische Positionen. Wie wir wissen, ist das Pochen auf Meinungsfreiheit eine beliebte Strategie von Rechtsextremen. Wie können wir also die undemokratische Schliessung von Räumen der Aushandlung vom notwendigen Einspruch gegen das Verbreiten von Hass unterscheiden?

KM Diese Frage kann im Einzelfall wohl nicht abstrakt und jenseits eines konkreten Kontexts entschieden werden. Und es braucht sicher auch fachspezifische Expertisen, die uns dabei helfen zu entscheiden, ob eine Stellungnahme antisemitisch ist oder nicht. Wie könnten wir da vorgehen?

HR Es ist nicht leicht zu erkennen, worauf man zurückgreifen könnte. Die historische und gegenwartsbezogene Forschung zu Palästina,

Wie können wir die undemokratische Schliessung von Räumen der Aushandlung vom notwendigen Einspruch gegen das Verbreiten von Hass unterscheiden?

zum Zionismus (und der jüdischen Opposition dagegen) sowie die Antisemitismusforschung und ihre verschiedenen Definitionen von Antisemitismus sind alles relevante Forschungsfelder für eine solche Beurteilung. Es gibt in vielen Fragen – gerade auch zwischen den verschiedenen Disziplinen, die sich mit dem Nahen Osten beschäftigen – keinen wissenschaftlichen Konsens, an dem sich öffentliche Aushandlungen orientieren könnten. Das Andauern solcher Debatten anzuerkennen wäre ein wichtiger Schritt – nicht nur für die Kämpfe, die gerade an den Universitäten ausgetragen werden, sondern auch für eine demokratische Meinungsbildung. Vorschnelle und unbegründete Urteile in medialen Debatten laufen dieser Einsicht zuwider – wenn etwa eine historische Kontextualisierung von Gewalt und Gegengewalt kaum möglich ist, weil diese in der Öffentlichkeit bereits als Rechtfertigung von Gewalt taxiert wird. Woran man sich legitimerweise bezüglich der aktuellen Situation in Palästina und Israel orientiert, ist also selbst eine umkämpfte Frage. Es bedarf zu deren Klärung einer gewissen Langsamkeit in der Urteilsbildung, die darauf verzichtet, bestimmte Fachperspektiven allzu schnell zu verurteilen. Tatsächlich geschieht aktuell das Gegenteil sowohl innerhalb universitärer Strukturen als auch in Parlamenten und Medien.

KM Können wir ein Fazit ziehen über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft?

HR Angesichts von parteipolitischen, medialen und uniinternen Angriffen auf bestimmte Forschungszweige sollten wir festhalten: Das Verhältnis zwischen kritischer Wissenschaft und politischer Orientierung ist kein zufälliges. Kritische Wissenschaftler*innen sollten nicht davor zurückschrecken, dass ihre Forschung politische Konsequenzen hat.

KM Ich finde, diese Forderung betrifft *alle* Wissenschaften. Alle sollten die ethischen und politischen Prinzipien verteidigen, die für die eigene Wissenschaft leitend sind und diese überhaupt erst ermöglichen. Die Gender Studies spielen insofern mit offenen Karten. Sie machen deutlich, dass demokratische Verhältnisse, Gleichberechtigung und Grundrechte die Voraussetzungen für ihre Wissenschaft sind und dass sich ihre Forschung diesen emanzipatorischen Grundwerten verpflichtet.

HR Für mich ist aufschlussreich, was du das «Spiel über die Bande» genannt hast: Es geht bei Angriffen gegen kritische Wissenschaften nicht eigentlich um deren Wissenschaftlichkeit – es ist handfeste Interessenspolitik, die sich gegen Geschlechtergerechtigkeit und Verantwortungsübernahme angesichts globaler

Ungerechtigkeit richtet. So betrachtet wird ein Umgang damit zu einer Aufgabe, der von der gesamten Gesellschaft politisch zu begegnen ist und die nicht von einzelnen Personen und Instituten geleistet werden kann.

KM Die politischen Kämpfe um die Bedeutung und Ausrichtung von Wissenschaft sind der Beweis dafür, dass Wissenschaften immer schon politisch eingebettet und politisch wirkmächtig sind. Für mich ist eine der wichtigsten Erkenntnisse, dass wir Politik und Wissenschaft als Zusammenspiel verstehen und analysieren sollten. Die Isolierung beider voneinander ist ideologisch – als gäbe es Wissenschaft ohne politische Fundierung und Orientierung. Oder sie ist zynisch – als könnte sich eine politische Debatte vom Raum des Wissens und der Wissenschaft abkoppeln. Weil Politik und Wissenschaft zusammenhängen, aber als institutionalisierte Handlungsfelder mit je eigenen Codes nicht identisch sind, ist es möglich, beide zum Nutzen des anderen einzusetzen. Darauf vertraue ich.

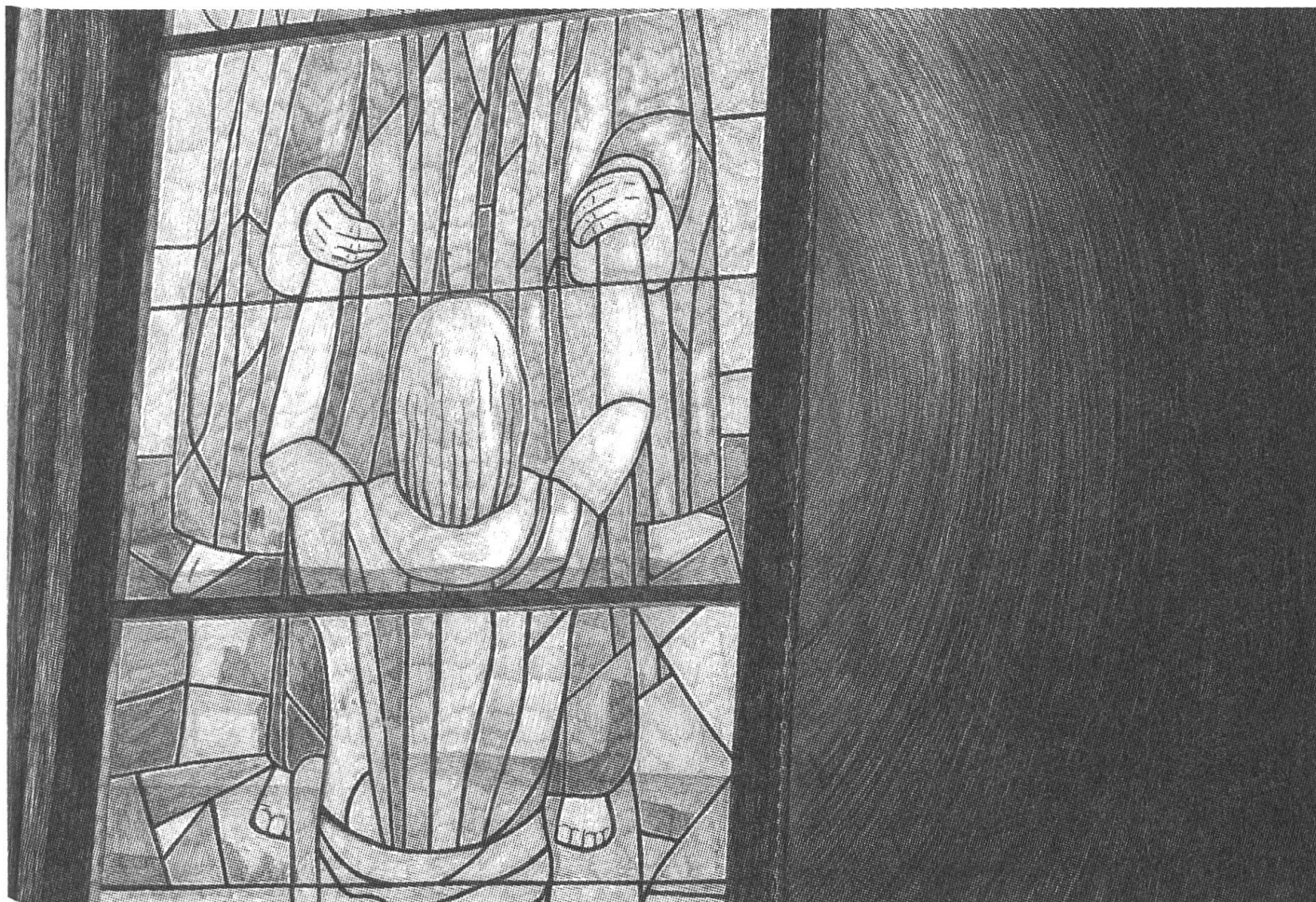
HR Wir haben auf die Frage, wie wir umstrittene politische Äusserungen von Wissenschaftler*innen, die für uns wichtig sind, verstehen und beurteilen können, keine abschliessende Antwort gefunden. Letztlich bleibt das Plädoyer, dass es möglich sein muss, diese Fragen offenzuhalten und kontinuierlich zu bearbeiten. ●

Das mündlich und schriftlich geführte Gespräch fand Anfang April 2024, vor den weltweiten studentischen Uni-Protesten zu Israel und Palästina, statt, sodass diese in die Analyse noch nicht integriert werden konnten.

- Katrin Meyer, *1962, ist Titularprofessorin für Philosophie an der Universität Basel und Oberassistentin am Fachbereich Gender Studies der Universität Zürich.
- Helena Rust, *1987, ist Islamwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Gender Studies der Universität Zürich. Sie ist Mitglied des Vorstands des Vereins Freund*innen der *Neuen Wege*, der Trägerschaft dieser Zeitschrift.

1 [youtube.com/watch?v=rlQNBJOq-0E](https://www.youtube.com/watch?v=rlQNBJOq-0E)

2 sites.google.com/view/philosophyforpalestine/home



CHUDERHÜSI, AUSSICHTSTURM, 2. 5. 2021